

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
A. Ausgangslage: Klagen vor den Landgerichten Braunschweig und Detmold	9
B. Verfassungsrechtliche Vorgaben bei der Anwen- dung zivilrechtlicher Anspruchsgrundlagen	13
I. Verstoß gegen verfassungsrechtliche Grenzen durch Anwendung der §§ 1004, 823 BGB	13
1. Klimaschutzansprüche im System der delikti- schen Haftung	13
2. Störerzurechnung als Problem sozialadäquater Verursachung	15
a) Zurechnung von multifaktoriellen Distanz- und Summationsschäden	15
b) Kein Mandat zur verallgemeinernden Auslegung von spezialgesetzlichen Tatbe- ständen der Gefährdungshaftung	17
c) Öffentlich-rechtliche Gefahrenabwehr: keine Heranziehung als Handlungs- oder Zustandsstörer im Fall von global bewirkten komplexen Distanz- und Summationsschäden .	19
3. Verletzung des verfassungsrechtlichen Leit- bildes für Verantwortungszurechnung bei rechtmäßigem Verhalten	20
a) Rational-sozialadäquate Verantwortungs- zurechnung als Identitätselement der grundrechtlichen Werteordnung	20
b) Keine Relativierung durch gesetzesderogie- rende moralische Pflichten oder neuartige verfassungsunmittelbare Pflichtenkon- struktionen	23
c) Gesteigertes Vertrauen bei politischen Begleit- und Lenkungsmaßnahmen	27
d) Darlegungs- und Beweislast	32

Inhaltsverzeichnis

4. Richterliche Rechtsanwendung im System der Gewaltenteilung	34
5. Zulässigkeit und Umfang der richterlichen Rechtsfortbildung	36
a) Grundsätzliche Maßstäbe	37
b) Überschreitung der Grenzen im konkreten Rechtsstreit: Schaffung eines Rahmenrechts der „treibhausgasbezogenen Freiheit“ ..	39
c) Vorbehalt des Gesetzes bei negatorischer Haftung ohne Sorgfaltspflichtverstoß	40
d) Wesentlichkeitsgrundsatz	42
e) Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbote ..	51
6. Unmittelbare Rechtspflichten für Privatrechtssubjekte aus dem Klimabeschluss?	52
7. Zwischenergebnis	58
II. Grund-, völker- und menschenrechtliche Bindungen im Zivilprozess	59
1. Unmittelbare grundrechtliche Schutzpflichten im Privatrechtsverhältnis?	59
2. Annahme einer durch die Zivilrechtsprechung zu schließenden Schutzlücke	65
3. Völkerrechtliche Bindungswirkung und Einstrahlung auf die zivilrechtliche Normanwendung?	71
4. Menschenrechtliche Einwirkungen auf die Anwendung von Zivilrecht	73
5. Mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	78
6. Neuere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur „situativ staatsgleichen Grundrechtsbindung“ von Privaten	81
7. Keine Änderung der Grundrechtsverpflichtung durch aktuelle Rechtsprechungsansätze	84
8. Auswirkungen für den konkreten Rechtsstreit	86
C. Fazit	89
D. Zusammenfassung in Thesen	91
Anmerkungen	97